



## **EURO - Milliarden - Poker unserer Staats (ver) diener**

Die Tatsache, dass unsere Kanzlei parteipolitisch völlig ungebunden ist, steht dem nachhaltigen Interesse, politische und wirtschaftliche Entwicklungen wachsam und kritisch zu verfolgen, nicht entgegen.

Mit Erstaunen (oder Entsetzen?!) sehen wir, wie in der Sache überforderte Parlamentarier mit gigantischen (Un-) Summen ein Milliarden-Euro-Monopoly spielen, für dessen Einsatz wir Steuerzahler und nachfolgende Generationen blechen müssen.

Während in Deutschland über jeden Cent steuerlicher Entlastung monatelang palavert wird und leere Haushaltskassen dringende Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung blockieren, werden Transferzahlungen in kosmischer Größenordnung mit einem Fingerschnippen über die Grenzen verschoben.

Mehr zu diesem Thema:

### **Diese Währungsunion ist eine Fehlkonstruktion**

Jetzt ist das eingetreten - früher als erwartet -, von dem unsere Politiker gesagt hatten, dass es nie eintreten würde: die Pleite eines Mitglieds der Europäischen Währungsunion.

Während der Debatte um die Einführung des Euro hatten viele namhafte Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler ihre Bedenken geäußert hinsichtlich der Stabilität einer Währungsgemeinschaft so unterschiedlicher Wirtschaftsräume. Auch der Schreiber dieser Zeilen hatte in einem Leserbrief dazu kritisch Stellung genommen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juni 1995).

In einer Antwort darauf hat der damalige Bundesfinanzminister Waigel ebenfalls in einem Leserbrief an diese Zeitung unter anderem geschrieben: „An der Währungsunion werden nur solche Länder teilnehmen, die die genau definierten, strengen Konvergenzkriterien erfüllen. Nur wer über ... gesunde öffentliche Finanzen ... verfügt, wird in der Endstufe der Währungsunion dabei sein. Die Bundesregierung wird keine Abstriche an den im Vertrag festgelegten Stabilitätskriterien in Kauf nehmen ... Auch die Befürchtung, durch die Währungsunion würden zusätzliche Transfers in Milliardenhöhe erforderlich, ist unbegründet“ (F.A.Z. vom 11. Juli 1995).

Aber die verhängnisvolle Entwicklung war nicht aufzuhalten, auch nachdem der damalige Bundeskanzler Kohl gesagt hatte, er wolle seine „volle politische Existenz“ für das Zustandekommen der Währungsunion einbringen (F.A.Z. vom 25. September 1995).

Was ist aus all den hehren Worten geworden? Die Kritiker der Währungsunion haben recht behalten. Eine italienische Zeitung hat damals geschrieben: "Was sollen wir sparen, die Deutschen werden alles bezahlen."

Die Währungsunion ist auf dem Wege, zu einem Transfersozialismus zu entarten, und vielleicht ist Griechenland nur der Anfang (auch vom Ende der Europäischen Währungsunion?).

Unsere Politiker haben geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Herr Schäuble sagt, die Milliardenzahlungen an Griechenland (die vermutlich nie zurückgezahlt werden, wovon auch?) seien im deutschen Interesse.

Dies, um eine Währungsunion zu retten, die auf Dauer wohl nicht zu retten ist, weil sie von der Anlage her eine Fehlkonstruktion ist und deshalb nicht funktionieren konnte und kann.

**Dr. Gerhard Bankamp, Paderborn**  
Leserbrief, „FAZ“ 25.05.2010



## Der Gastkommentar

### Mein Nein zum "Rettungspaket" für Griechenland

Dem vom Bundestag am 07.05.2010 verabschiedeten Finanzstabilisierungsgesetz habe ich nicht zugestimmt, weil es für die Erreichung seiner Hauptziele - Stabilisierung des Euro und Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands - kontraproduktiv ist: Weitere Kredite der vorgesehenen Art bzw. die Bürgschaften für Kredite der KfW stellen nicht die Zahlungsfähigkeit Griechenlands wieder her, sondern erhöhen die für das Land heute nicht mehr zu bewältigende

Kreditlast. Sie dienen nur der Absicherung spekulativer Kreditgeschäfte internationaler Großbanken und der Verlängerung dieser Geschäfte. Die eingeleiteten Sparmaßnahmen dienen auch nicht der Stimulierung der griechischen Wirtschaft, sondern beinhalten eine Entsagungs- und Roßkurpolitik, die nicht zur wirtschaftlichen Gesundung des Landes führen kann. Deutschland hatte sich eine derartige „Sparpolitik“ zum Ende der Weimarer Republik aufgelegt - die Ergebnisse



sind bekannt. Verhindert bzw. hinausgeschoben wird durch das „Rettungspaket“ auch das notwendige - zumindest zeitweise - Ausscheiden Griechenlands aus dem Eurosystem, und damit eine vom IWF zu unterstützende Entschuldung (sog. "hair-cut"), die mit einer Abwertung verbunden sein müßte, um griechische Produkte, Leistungen und Angebote (insbesondere auch im Tourismus) weltweit wieder attraktiv zu machen.

Es ist auch gegen jede Wahrscheinlichkeit, daß der Beschluß zur Stabilisierung des Euro beiträgt. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß der Beschluß andere Staaten der Eurozone, die mit vergleichbaren Schwierigkeiten wie Griechenland belastet sind, animiert, vergleichbare „Rettungsprogramme“ zu verlangen, die die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland endgültig überspannen dürften. Es besteht deshalb die Gefahr, daß das beschlossene "Sanierungskonzept" die Krise nicht beseitigt, sondern vergrößert.

Nicht zuletzt verstößt das „Rettungspaket“ gegen das europarechtliche Bail-out-Verbot (Art. 125 AEUV = Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union/Lissabon-Vertrag). Das Vertrauen der Märkte in die stabilitätssichernde Funktion dieser Vorschrift wird damit dauerhaft erschüttert. Auf diese Weise wird eine der tragenden rechtlichen Säulen, die aus der Währungsunion eine Stabilitätsunion machen sollten, zum Einsturz gebracht.

**Dr. Peter Gauweiler**

„Steuertip“ 21. 05.2010

## Organisatorischer Hinweis:

Aufgrund des Feiertages (Fronleichnam) am Donnerstag, 03. Juni 2010, ist unsere Kanzlei auch am Freitag, 04. Juni 2010 (Brückentag), geschlossen. Vielen Dank für Ihr Verständnis!